

Inhalt

Einleitung.....	1
§ 1 Entstehung u. Bedeutung der gewerberechtlichen Entgeltvorschriften	21
1. Teil: Die Geschichte der Entlohnung der Arbeitnehmer	21
A. Die Gesellschaft und die Arbeit im Wandel	21
I. Die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts..	21
II. Der Wandel der Gesellschaftsordnung im 19. Jahrhundert und deren Folgen	22
III. Die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen im 19. Jahrhundert.....	23
B. Mißstände in der Lohnzahlung	26
C. Reaktionen auf das Trucksystem.....	29
I. Die Ursprünge des Truckverbots	29
II. Die Verbreitung des Truckverbots auf andere Länder.....	30
III. Deutschland im besonderen.....	30
D. Die wesentlichen Gesetzesänderungen der Truckvorschriften von 1869 bis heute....	34
2. Teil: Das Arbeitsrecht in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts	37
A. Entgeltsysteme.....	37
B. Sonstige Rechtsbeziehungen	38
3. Teil: Das moderne Arbeitsrecht.....	38
A. Moderne Entgeltsysteme	38
I. Geläufige Lohnbestandteile des 20. Jahrhunderts.....	38
II. Neue Entgeltbestandteile	39
1. Variable Vergütungsbestandteile.....	39
2. Das Cafeteria-Modell	40
3. Die arbeitnehmerfinanzierte betriebliche Altersvorsorge.....	43
4. Virtuelle und echte Mitarbeiterbeteiligung als Vergütungsbestandteil	45
a) Aktien und Aktienoptionen	45
b) Virtuelle Aktien- und Aktienoptionsprogramme	47
c) Long term incentives	48
d) Andere Beteiligungsformen	48
5. Zukunftsvisionen	48
III. Wege zur Gestaltung dieser neuen Entgeltsysteme.....	49
1. Die Gehaltsumwandlung	49
a) Definition.....	49
b) Arten der durch die Gehaltsumwandlung neu geschaffenen Vergütungsbestandteile	50
c) Anerkennung durch die Finanzverwaltung und die Finanzgerichtsbarkeit	50
d) Formen der Gehaltsumwandlung	51
e) Auswirkungen der Gehaltsumwandlung	52
2. Gehaltserhöhungen	52
3. Sonderfall: Cafeteria-Modelle	52
B. Die Mitarbeiterbeteiligung	53
I. Die Entwicklung der Mitarbeiterbeteiligung	53
1. Geschichtlicher Abriss über praktizierte Beteiligungsformen.....	53
2. Der Wandel in der Beurteilung von Sinn und Zweck der Mitarbeiterbeteiligung	54
3. Die heutigen Motive für die Einführung einer Mitarbeiterbeteiligung	55
4. Die Mitarbeiterbeteiligung in Zahlen	56

II. Abgrenzung der Erfolgsbeteiligung von der Kapitalbeteiligung	56
III. Die Formen der Kapitalbeteiligung	57
IV. Die Beteiligungsmodelle aus der Praxis	59
1. Darlehen	59
2. Belegschaftsaktien	60
3. Genußrechte	61
4. Schuldverschreibungen	62
5. Aktienoptionen	63
6. Stille Beteiligung	64
7. Zwischenschaltung einer Beteiligungsgesellschaft	64
8. GmbH-Gesellschafter	65
9. Ergebnis	65
C. Sonstige Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	66
I. Neue Formen der Einbehaltung von Arbeitslohn	66
1. Erscheinungsformen	66
a) Langfristige Zeitkonten	66
b) Gutschriften	67
2. Einzelne Ausgestaltungen	67
a) Flexible Zeitmodelle	67
b) Zeitwertpapiere	67
II. Die vom Arbeitgeber geförderte, externe Vermögensanlage	68
III. Darlehen des Arbeitgebers an den Arbeitnehmer	68
IV. Sachleistungen aufgrund zusätzlicher Verträge	69
V. Abnahme- und andere Verpflichtungen des Arbeitnehmers	69
4. Teil: Die gewerberechtlichen Entgeltvorschriften – ein Überblick	69
A. Die wesentlichen Ge- und Verbote der §§ 115 ff GewO	69
I. Die Verbote des § 115 I GewO (Truckverbot)	69
II. Das Verbot des § 115 II GewO (Kreditierungsverbot)	70
III. Das Verbot des § 117 II GewO (Verbot sog. Lohnverwendungsabreden)	70
1. Die Regelung des § 117 I GewO in Abgrenzung zur Regelung des § 117 II GewO	70
2. Die Regelung des § 117 II GewO	71
a) Die Regelung des § 117 II 1. Halbsatz GewO	71
b) Die Regelung des § 117 II 2. Halbsatz GewO	72
IV. Andere Meinungen zum Regelungsgehalt der §§ 115 ff GewO	72
V. Ergebnis	73
B. Rechtsfolgen der Verstöße gegen §§ 115 ff GewO	73
I. Verstoß gegen das Truckverbot, § 115 I GewO	74
1. Verstoß gegen das Verbot der Leistung an Erfüllungs Statt	74
2. Abschluß eines dem § 115 I GewO zuwiderlaufenden Verpflichtungsgeschäfts	75
II. Verstoß gegen das Kreditierungsverbot, § 115 II GewO	75
III. Verstoß gegen § 117 II GewO, Treffen von Lohnverwendungsabreden	77
C. Heute noch anzuwendendes Recht	78
D. Die Regelung des § 115 a GewO	79
I. Geltung des § 115 a GewO	80
II. Ausgenommene Arbeitnehmergruppen	80
III. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen § 115 a GewO	81
5. Teil: Die Rechtsnatur einzelner Rechtsgeschäfte	81
A. Die Rechtsnatur der Gehaltsumwandlung	81

I. Darstellung des Meinungsstands	82
1. Die Vereinbarung von Sachlohn	82
2. Die Lohnverwendungsabrede	82
3. Je nach Ausgestaltung der vertraglichen Abrede	83
4. Die Vereinbarung einer Leistung an Erfüllungs Statt	83
II. Stellungnahme	83
1. Zur Vereinbarung einer Leistung an Erfüllungs Statt	83
2. Zwischenergebnis	86
3. Zum Vorliegen einer Lohnverwendungsabrede	86
4. Weitere Stellungnahme	87
a) Formale oder wirtschaftliche Sicht?	87
b) Auslegung je nach Einzelfall?	87
c) Zwischenergebnis	89
d) Abgrenzung zur sog. Lohnverwendungsabrede	89
5. Subsumtion der in der Praxis vorkommenden Formen der Gehaltsumwandlung	89
III. Ergebnis	90
B. Die Rechtsnatur des sog. Vereinbarungsdarlehens	90
I. Der Meinungsstreit	91
1. Die Novation als Unterfall der Leistung an Erfüllungs Statt	91
2. Die Novation als eigenständiger Vertragstypus	91
II. Stellungnahme	91
1. Zur Identität des Leistungsgegenstands	91
2. Zum Merkmal „Aufhebung der alten Schuld, nicht aber Befriedigung“	92
III. Ergebnis	94
IV. Abgrenzung des Vereinbarungsdarlehens von sonstigen Darlehen	94
C. Die Rechtsnatur von Zeitwertpapieren	94
§ 2 Das Gebot der Barzahlung – das Truckverbot, § 115 I GewO	95
1. Teil: Der persönliche Geltungsbereich des § 115 I GewO	95
A. Der Adressatenkreis nach der GewO	95
I. Der verpflichtete Personenkreis	95
1. Die selbständigen Gewerbetreibenden	95
a) Gewerbe	95
b) Selbständig	97
c) Der Anwendungsbereich unter Berücksichtigung von § 6 GewO	98
d) Keine Beschränkung auf das produzierende Gewerbe	99
2. Ausdehnung auf andere Personen	100
II. Der geschützte Personenkreis	100
1. Die gewerblichen Arbeitnehmer	101
a) Definition	101
b) Der kaufmännische Arbeitnehmer	101
c) Sonstige Arbeitnehmer	104
2. Einschränkungen des geschützten Arbeitnehmerkreises	105
3. Erweiterungen des geschützten Arbeitnehmerkreises	105
III. Erweiterungen des Anwendungsbereichs	106
B. Verfassungsmäßigkeit des Adressatenkreises der GewO	106
I. Differenzierung zwischen gewerblichen und anderen Arbeitgebern	106
II. Differenzierung zwischen gewerblichen und insbesondere kaufmännischen Arbeitnehmern	107

III. Folgen für die Geltung der §§ 115 ff GewO	109
V. Ergebnis	110
2. Teil: Der Schutzgegenstand des § 115 I GewO	110
A. Das Arbeitsentgelt im Arbeitsrecht	111
B. Der Begriff des Entgelts im Sinne des § 115 I GewO	112
I. Die Bestandteile des Entgelts	113
II. Übertragung auf § 115 I GewO	113
III. Das Kriterium der Freiwilligkeit	114
IV. Das Kriterium der Gegenleistung	115
V. Ergebnis	115
C. Lohnvorschüsse	116
3. Teil: Die Abgrenzung des Regelungsinhalts des § 115 I GewO	116
A. Gebot der sofortigen Zahlung?	116
I. Der Zeitpunkt der Zahlung als Regelungsinhalt des § 115 I GewO	116
II. Subsumtion moderner Fallgruppen	118
B. Die Person des Leistungsempfängers	118
C. Rechtshemmende Einreden und ähnliches	119
D. Erfüllungssurrogate	120
I. Die Aufrechnung	120
Erlöschen der Schuld durch Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	121
1. Der Erlaßvertrag	121
2. Die Aufrechnungsvereinbarung	122
3. Die Anrechnungsvereinbarung	123
E. Die Leistung erfüllungshalber	123
I. Erörterung der Problematik hinsichtlich Scheck und Wechsel	124
II. Stellungnahme	124
III. Die Leistung erfüllungshalber in sonstigen Fällen	126
IV. Ergebnis	126
F. Die bedingte Erfüllung	126
G. Ergebnis	126
H. Subsumtion moderner Fallgruppen	127
4. Teil: Das Verbot der Leistung an Erfüllungs Statt	127
A. Überblick über das Verbot der Leistung an Erfüllungs Statt	127
I. Fallgruppen der Leistung an Erfüllungs Statt	127
II. Zulässige Ausnahmen	128
B. Die Art der Erfüllung	128
C. Sonderfall der Leistung an Erfüllungs Statt: die Novation	130
D. Verwandte Formen	131
I. Die Ersetzungsbefugnis des Arbeitgebers	131
II. Die Ersetzungsbefugnis des Arbeitnehmers	131
E. Ausnahmen nach dem Schutzzweck	132
I. Zeiten der erschwerten Beschaffungsmöglichkeit von Waren	132
II. Der Arbeitgeber in der Insolvenz	132
5. Teil: Die Zulässigkeit von Sachlohnvereinbarungen	133
A. Zulässige Sachbezüge nach den gewerberechtlichen Vorschriften	134
I. Die in § 115 II 2 GewO genannten Güter	134
II. Subsumtion moderner Fallgruppen	134
B. Zulässige Sachbezüge nach den gesetzlichen Vorschriften	134

<i>C. Der Meinungsstreit</i>	136
I. Die Zulässigkeit der Vereinbarung von Sachlohn	136
II. Die Unzulässigkeit der Vereinbarung von anderem als dem gesetzlich zugelassenen Sachlohn	138
<i>D. Stellungnahme</i>	138
<i>E. Ergebnis</i>	142
6. Teil: Die Auslegung des Sachlohnverbots im Rahmen der heutigen Rechtsordnung sowie im Rahmen der heutigen tatsächlichen Lebensverhältnisse	142
<i>A. Teleologische Reduktion des § 115 II 2 GewO</i>	143
I. Aktualität der in § 115 II 2 GewO genannten Güter	143
II. Ergebnis	144
<i>B. Teleologische Extension des § 115 II 2 GewO</i>	145
I. Aus § 115 II 2 GewO ableitbare Kriterien	146
1. Der eigene Bedarf	146
2. Die Preisgestaltung	146
3. Ergebnis	147
II. Anforderungen, wie sie an die Hingabe von Waren zu stellen sind	147
1. Vermarktungsrisiko	148
2. Außer Mode gekommene Waren, schlechte Qualität und Luxusgegenstände ..	148
3. Ergebnis	149
III. Anforderungen, wie sie an die Hingabe von Zahlungsmitteln zu stellen sind	149
1. Bons und Marken	149
2. Anweisungen, Schecks und Wechsel	149
3. Ergebnis	150
IV. Zusammenfassung der ermittelten Kriterien	150
<i>C. Die Subsumtion der Entgeltbestandteile des modernen Arbeitsrechts</i>	150
I. Die Entgeltbestandteile „Endprodukte“ des modernen Arbeitsrechts	150
1. Die Frage des notwendigen Bedarfs	150
a) Die Gestellung eines Kraftfahrzeugs und das Kfz-Leasing	151
b) Dienstwohnung	152
c) Ferienwohnung	152
d) Kfz-Wartung und -Reparatur	153
e) Betriebliche Altersvorsorge	153
f) Versicherungen	153
g) Bildungsprogramme, Vorsorge und Beratung	154
2. Die Frage der Wertgleichheit	154
a) Die Preisgrenzen des § 115 II 2 GewO	155
b) Wertgleichheit in § 1 V BetrAVG	155
c) Definition der Wertgleichheit im Sinne des § 115 GewO	155
- Vermittlung von Leistungen Dritter	155
- Erbringung eigener Dienst- und Sachleistungen	156
3. Ergebnis	157
II. Sonderfall: Cafeteria-Systeme	157
III. Die sonstigen Entgeltbestandteile des modernen Arbeitsrechts	158
1. Verwertbarkeit für Arbeitnehmer	158
2. Sonstige Regelungsinhalte des Beteiligungslohns	159
a) Sperrfrist	159
b) Kursrisiko	159

3. Ergebnis	160
IV. Grundgehalt in bar als Mindestvoraussetzung einer zulässigen Entgeltvereinbarung?	160
D. Ergebnis	161
E. Bedeutung dieses Ergebnisses für das Verbot der Leistung an Erfüllungs Statt	161
§ 3 Das Kreditierungsverbot, § 115 II 1 GewO	163
1. Tell: Schutzzweck	163
A. Unterstützungsfunktion	163
B. Darüber hinausgehende Funktion?	164
2. Tell: Der persönliche Geltungsbereich des § 115 II GewO	164
3. Tell: Die Abgrenzung des Regelungsinhalts des § 115 II 1 GewO	165
A. Gegenstand des Kreditierens	165
I. Der Begriff der Waren im Sinne des § 115 II 1 GewO	165
II. Die Zulässigkeit der Kreditierung anderer als Waren	165
1. Überprüfung anhand von § 115 II 2 GewO	165
2. Rechtfertigung dieser Differenzierung	166
III. Ergebnis	166
IV. Subsumtion moderner Fallgruppen	166
B. Das Arbeitgeberdarlehen	167
I. Das „reine“ Darlehen	167
II. Verbundene Rechtsgeschäfte	167
III. Das zweckgebundene Darlehen	168
IV. Ergebnis	168
V. Subsumtion moderner Fallgruppen	168
C. Der Barverkauf	168
D. Ergebnis	169
E. Subsumtion moderner Fallgruppen	170
4. Tell: Das Verbot der Kreditierung von Waren	170
A. Die Rechtsnatur des abgeschlossenen Rechtsgeschäfts	170
I. Der Kaufvertrag	170
II. Sonstige entgeltliche Verträge	170
1. Darstellung des Meinungsstreits	170
2. Stellungnahme	171
III. Ergebnis	172
B. Formen des Kreditierens	172
I. Der Begriff des Kreditierens	172
II. Die Hingabe von Marken oder Bons	173
C. Ergebnis	173
5. Tell: Ausnahmen vom Kreditierungsverbot	174
A. Der Ausnahmenkatalog des § 115 II 2 GewO	174
I. Der Inhalt des § 115 II 2 GewO	174
II. Der Zweck des § 115 II 2 GewO	174
III. Die Geltung des § 394 BGB	175
B. Die Anordnung des Reichsarbeitsministers vom 16.1.1939	176
I. Geltendes Recht	177
II. Auslegung	179
1. Die Entscheidungen des BAG betreffend Kraftfahrzeuge sowie Farbfernsehgeräte	179

2. Stellungnahme der Literatur	180
3. Eigene Stellungnahme	181
a) Gegenstände des persönlichen Bedarfs oder der Haushaltsführung	181
b) Anschaffungswert	181
c) Preisvereinbarung	182
4. Ergebnis	182
III. Die Geltung des § 394 BGB	182
C. Spezialgesetze	183
6. Teil: Auslegung der Ausnahmevorschriften zu § 115 II 1 GewO im Rahmen der heutigen Rechtsordnung sowie im Rahmen der heutigen tatsächlichen Lebensverhältnisse	184
A. Die Ausnahmevorschrift des § 115 II 2 GewO	184
I. Teleologische Reduktion des § 115 II 2 GewO?	184
II. Teleologische Extension des § 115 II 2 GewO?	184
1. Gleichlauf mit den Ausnahmen vom Sachlohnverbot?	185
2. Veränderungen in der sozialen Wirklichkeit in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts	185
3. Anpassung des § 115 II 2 GewO an die heutigen Verhältnisse	186
a) Gegenstände des persönlichen Bedarfs	186
b) Ausdehnung auf alle in § 811 Nr. 1 ZPO genannten Güter?	186
c) Fahrräder und Kraftfahrzeuge	187
III. Ergebnis	187
B. Die Anordnung des RAM als Ausnahmevorschrift	187
7. Teil: Verfassungsmäßigkeit der §§ 115 II 1, 118 GewO	188
A. Verfassungsmäßigkeit des § 115 II 1 GewO	188
B. Verfassungsmäßigkeit des § 118 GewO	189
8. Teil: Ergebnis	190
 § 4 Das Verbot sog. Lohnverwendungsabreden, § 117 II GewO	191
1. Tell: Schutzzweck	191
A. Der Begriff der Lohnverwendungsfreiheit	191
B. Reine Unterstützungsfunktion versus darüber hinausgehende, eigenständige Funktion	193
I. Der Meinungsstreit	193
II. Relevanz des Meinungsstreits	193
III. Der Meinungsstreit im einzelnen	194
1. Keine über § 115 GewO hinausgehende Funktion	194
2. Eigenständige Funktion des § 117 II GewO	194
IV. Stellungnahme	195
V. Ergebnis	196
2. Tell: Der persönliche Geltungsbereich des § 117 II GewO	196
A. Verfügungsfreiheit der Arbeitnehmer in Bezug auf den unpfändbaren Teil des Entgelts	196
B. Auswirkungen auf die Verfügungsfreiheit der nicht-gewerblichen Arbeitnehmer insgesamt	197
I. Meinungsstand	197
II. Stellungnahme	198
III. Ergebnis	198
3. Tell: Der Begriff der Lohnverwendungsabrede	199

<i>A. Vertragsparteien</i>	199
<i>B. Schuldrechtliche Verpflichtung des Arbeitnehmers</i>	200
I. Eingehen einer schuldrechtlichen Verbindlichkeit	200
II. Einschaltung des Arbeitgebers zur Erfüllung einer Schuld gegenüber einem Dritten	200
III. Verpflichtung zur Einschaltung des Arbeitgebers zur Erfüllung einer Schuld gegenüber einem Dritten	201
IV. Verfügung des Arbeitnehmers zur Erfüllung einer Verbindlichkeit gegenüber dem Arbeitgeber	202
V. Ergebnis	203
<i>C. Abrede über die Verwendung</i>	203
<i>D. Die Abführung von Gewerkschaftsbeiträgen durch die Arbeitgeber</i>	204
<i>E. Subsumtion moderner Fallgruppen unter den Begriff der Lohnverwendungsabrede</i>	206
I. Darlehen des Arbeitgebers an den Arbeitnehmer	206
II. Die Mitarbeiterbeteiligung	207
III. Investment-Pläne	208
IV. Abschluß von Dauerrechtsgeschäften wie etwa verbilligter Versicherungen	208
V. Der „Sanierungstarifvertrag“ von Holzmann	209
VI. Zeitwertpapiere	210
4. Teil: Ausnahmen vom Verbot sog. Lohnverwendungsabreden	211
<i>A. Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer und ihrer Familien</i>	211
I. Unstreitige Fallgruppen sog. Wohlfahrtseinrichtungen	213
II. Streitige Fallgruppen sog. Wohlfahrtseinrichtungen	213
III. Stellungnahme	214
1. Unproblematisch zulässige Wohlfahrtseinrichtungen	214
2. Der Abschluß einzelner Verträge	215
3. Gewerkschaften	215
4. Die Gründung von Werksgemeinschaften zur Rettung des Unternehmens	216
5. Sparkassen	217
IV. Hieraus ableitbare Kriterien	218
V. Die inhaltliche Ausgestaltung von Wohlfahrtseinrichtungen	219
VI. Ergebnis	220
VII. Subsumtion moderner Fallgruppen	220
1. Mitarbeiterbeteiligung	220
2. Investment-Pläne	220
3. Zeitwertpapiere	220
4. Abschluß von Dauerrechtsgeschäften	221
<i>B. Nach § 115 GewO zugelassene Gegenstände</i>	221
<i>C. Spezialgesetze</i>	222
I. Überblick über die steuerliche Förderung von Mitarbeiterbeteiligungen	223
1. Das Vermögensbildungsgesetz	223
a) Die Motive des Gesetzgebers	223
b) Inhaltliche Änderungen	223
c) Voraussetzungen für die gesetzliche Förderung nach dem 5. VermBG	224
d) Praxisrelevanz	225
2. Zur Förderung nach § 19 a EStG	225
3. Ergebnis	226
II. Das 5. VermBG als <i>lex specialis</i> für sämtliche Formen der Mitarbeiterbeteiligung	226

III. Das 5. VermBG als <i>lex specialis</i> für die durch das 5. VermBG geförderten Formen der Mitarbeiterbeteiligung.....	227
IV. § 19 a EStG als <i>lex specialis</i> zu § 117 II GewO.....	228
V. Ergebnis.....	228
5. Teil: Die Abgrenzung des Regelungsinhalts des § 117 II GewO.....	228
<i>A. Verbot jeglichen Rechtsgeschäfts zwischen den Arbeitsvertragsparteien?</i>	<i>228</i>
I. Einmalige Rechtsgeschäfte	228
1. Stand der Literatur	229
2. Stellungnahme	229
3. Bedeutung für den Schutz des Lohnes in seinen verschiedenen Stadien	231
a) Bereits ausbezahlter Lohn	231
b) Bereits fälliger, aber noch nicht ausbezahlter Lohn.....	232
3. Ergebnis.....	233
II. Dauerschuldverhältnisse	234
III. Die Kreditierung.....	234
IV. Ergebnis.....	235
<i>B. Das Verhältnis von § 117 II GewO zu § 115 II 1 GewO</i>	<i>235</i>
I. Das Kreditierungsverbot als <i>lex specialis</i> zu § 117 II GewO	235
II. Ergebnis	236
<i>C. Subsumtion moderner Fallgruppen unter den Begriff der Lohnverwendungsabrede</i> 236	
I. Die Mitarbeiterbeteiligung	236
II. Investment-Pläne	237
III. Zeitwertpapiere.....	237
IV. Abschluß von Dauerrechtsgeschäften	237
6. Teil: Die Auslegung des Verbots von Lohnverwendungsabreden im Rahmen der heutigen Rechtsordnung sowie im Rahmen der heutigen tatsächlichen Lebensverhältnisse	238
<i>A. Auslegung des § 117 II GewO</i>	<i>239</i>
I. Wortlaut.....	239
II. Systematik.....	239
III. Historische Auslegung.....	240
1. Praktizierte Wohlfahrtseinrichtungen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts.....	240
2. Praktizierte Rechtsbeziehungen zwischen den Arbeitsvertragsparteien Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts.....	242
3. Ergebnis.....	242
IV. Sinn und Zweck.....	242
1. Schutz des Arbeitnehmers vor Druck des Arbeitgebers	243
2. Schutz des Arbeitnehmers vor sich selbst	243
3. Schutz des Arbeitnehmers vor einer Verleitung durch den Arbeitgeber.....	244
4. Ergebnis.....	245
<i>B. Zwischenbilanz.....</i>	<i>245</i>
<i>C. Teleologische Reduktion des § 117 II GewO.....</i>	<i>246</i>
I. Voraussetzungen einer teleologischen Reduktion	246
II. Die Erhaltung der Lohnverwendungsfreiheit des Arbeitnehmers	247
1. Kündigungsmöglichkeit in angemessener Frist.....	248
2. Kein erhebliches Eigeninteresse des Arbeitgebers.....	249
a) Die Interessenlage im Falle der Mitarbeiterbeteiligung	250
b) Die Erhaltung der Entscheidungsfreiheit des Arbeitnehmers	251

III. Ergebnis.....	251
D. Ergebnis.....	252
E. Die Subsumtion der Lohnverwendungsabreden des modernen Arbeitsrechts.....	252
I. Versicherungen beim Arbeitgeber und andere Dauerschuldverhältnisse	252
II. Investment-Pläne	253
III. Mitarbeiterbeteiligung.....	253
F. Grenzen der Aufrechenbarkeit mit dem Arbeitsentgelt des Arbeitnehmers.....	253
 Ergebnis.....	 255
Literaturverzeichnis	257